

Grünen-Antrag zur Gemeindeordnungs-Reform sorgt für Diskussion

So schnell war sie doch nicht durchgewinkt, die Sondersitzung des Remchinger Gemeinderats unter Leitung des geschäftsführenden Bürgermeisterstellvertreters Kurt Ebel (CDU): Zwar genehmigte der Rat ohne große Diskussion drei Bauanträge und eine Sprechanlage für die Polizei zum Angebotspreis von 43.000 Euro. Wie berichtet wird die Polizei zu den Mietern im Rathausneubau gehören und die Kosten für die Anlage übernehmen.

Allerdings hatte die Grünen-Fraktion den Antrag eingebracht, dass der Rat über den Stand der Reform der baden-württembergischen Gemeindeordnung und gleichzeitig über die vom Bürgermeister vorgesehene Beantwortung eines Fragenkatalogs des Innenministeriums unterrichtet werde. Laut Grünen-Rat Klaus Fingerhut habe das Innenministerium diesen Online-Fragebogen Anfang Juli an alle Kommunen mit Rücksendefrist Mitte August verschickt, allerdings sei der Verwaltung in der Sitzung Ende Juli noch nichts davon bekannt gewesen. In der bereits 2015 angeschobenen Reform gehe es unter anderem um Quoren für Bürgerbegehren, die Jugendbeteiligung, Einwohnerversammlungen, Fraktionsrechte und die Stärkung von Minderheiten bei Anträgen: „Angesichts der Bedeutung, die die Bürgerbeteiligung gerade in Remchingen hat, ist die vorherige Befassung des Gemeinderats vor der Rücksendung an das Innenministerium erforderlich“, argumentierte Fingerhut.

Kurt Ebel entgegnete Fingerhuts Einschätzung allerdings gleich zu Beginn der Sitzung, dass er hierin ein Geschäft der laufenden Verwaltung sehe. Dieter Walch (CDU) ergänzte, dass er beim Ministerium erfahren habe, dass das Verfahren erst im weiteren Verlauf einzelne Gemeinden auswähle und dann auch deren Rat beteilige. Hauptamtsleiterin Carmen Kramer unterstrich, dass ihr der Fragebogen ohnehin nicht vorliege und sie auch keinen Zugriff auf die Mails des im Urlaub befindlichen Bürgermeisters habe. Altbürgermeister Wolfgang Oechsle (Bürgerliste) schlug vor, den Punkt trotz Antwortfrist in der kommenden Sitzung zu behandeln, da dies doch ein wichtiges Thema für die Gemeinde sei.

Gemeinde nachträglich über Gleiserhöhung informiert

SPD-Gemeinderat Edgar Kunzmann zeigte sich bei der vergangenen Remchinger Ratssitzung verwundert darüber, dass er im Pforzheimer Kurier gelesen habe, dass die Bahn bereits Anfang September den Remchinger Mittelbahnsteig für mehr als eine halbe Million Euro sanieren wolle – die Gemeinde aber nichts davon wisse. Durch einen Knick im hinteren Bahnsteigbereich können wie berichtet die neuen IRE-Züge auf der Strecke von Stuttgart nach Karlsruhe den Schiebetritt nicht ausfahren und den hinteren Zugteil nicht öffnen. „Zwischenzeitlich hat sich ein Mitarbeiter der Bahn gemeldet und sich für den Fauxpas entschuldigt“, erklärte Bauamtsleiter Markus Becker, „Die Bahn plant jetzt und wird, sobald die Pläne vorliegen, auf die Gemeinde zukommen.“ Auf weitere Nachfrage erfuhr Kunzmann, dass vor einiger Zeit auch ein Gespräch zum Gesamt-Umbau des Bahnhofsgeländes stattgefunden habe und derzeit geprüft werden, wer der Bauherr der Maßnahme sein wird.

Markus Gartner stellte bei der Sitzung zudem für die Freie Wählervereinigung den Antrag, den Informations- und Vorlagenversand für das Gremium auf elektronische, papierlose Form umzustellen und dazu Erfahrungen bei anderen Kommunen und dem Kreisrat zu sammeln.